Parkplätze sollen knapp und teuer werden

Bremer Bündnis für Verkehrswende legt Forderungen vor – Handelskammer und ADAC kritisieren den Vorstoß

Bremen. Mit radikalen Mitteln möchten vier Bremer Verbände eine ökologische Verkehrswende vorantreiben. Parkraum knapp und teuer machen – darin sehen sie einen zentralen Hebel zur Eindämmung des privaten Autoverkehrs. Beginnen sollte man in dicht besiedelten Vierteln, sagt Dieter Mazur vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). „Die werden mit Autos zugestellt." Neben dem BUND sind der Radfahrerverband ADFC, der Verein „Fuß" und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) dabei. Sie fordern, die Stadt solle alle Stellplätze im öffentlichen Raum bewirtschaften, sprich, Geld dafür verlangen. Ihr Kalkül: Je höher die Parkgebühren, desto mehr Autofahrer steigen um auf Bus, Bahn und Rad, gehen zu Fuß oder beteiligen sich am Carsharing.

„Wir wissen, dass wir auf harten Widerstand stoßen werden", sagt Mazur. Es sei ein schwieriger Prozess, Stellplätze abzubauen und ein flächendeckendes Parkraum-Management einzuführen. Aber man müsse damit anfangen. Dicht besiedelte Quartiere erstickten im Blech, klagen die Verbände. Zu den rund 230 000 Privat-Pkw in Bremen kämen etwa 80 000 Pendler, die täglich mit dem Auto in die Stadt führen. Über seine Vorschläge möchte das „Bremer Bündnis für die Verkehrswende" mit Beiräten, Behörden und der Handelskammer sprechen. 10 000 Mitglieder stünden hinter ihnen, sagen die vier Verbände.

Gegenwind kommt bereits von der Handelskammer. Die City drohe zu veröden, wenn Parkraum verknappt würde, warnt Andreas Otto, dort zuständig für Standortpolitik. Bremen stehe im Standortwettbewerb mit anderen Städten und den Einkaufszentren. Wer aus dem Umland zum Shoppen komme, wolle flexibel sein und oft nicht aufs Auto verzichten. Und leider mangele es noch an attraktiven ÖPNV-Angeboten für Menschen aus der Region. Pendler im Schichtdienst seien deshalb häufig auf den Pkw angewiesen. Autofahrer sollten nicht drangsaliert werden. sagt Otto, vielmehr müsse Bremen mehr politischen Mut aufbringen und bessere ÖPNV-Anbindungen schaffen.

Mehr Mut – das fordert auch das Bündnis von den politisch Verantwortlichen. Illegales Parken müsse konsequent bestraft werden, auch in den Wohnquartieren. Bislang dulde die Stadt dort zu viele Parksünden, „Überwachung findet nur auf bewirtschafteten Parkflächen statt“, kritisiert Georg Wietschorke vom BUND. Wie rücksichtslos teilweise geparkt werde, sei täglich zu sehen, besonders in der Neustadt, im Viertel, in Schwachhausen oder Findorff. Autos stünden aufgesetzt auf Bürgersteigen, an Grünstreifen und blockierten Radwege, schildert Angelika Schlansky vom Verein „Fuß“. Außerdem belaste der Parksuchverkehr die Anwohner mit Abgasen und Lärm. Karin Matthes leitet das Ortsamt Schwachhausen und kennt die Probleme nur zu gut. „Im Ortsamt ist das der Dauerbrenner“, sagt sie. Die Autos würden größer, breiter und bräuchten mehr Platz, was seit Jahren zu Konflikten in Schwachhausen führe. Ihrer Ansicht nach muss es weitere Carsharing-Stellplätze im Stadtteil geben, ein intelligenter Mobilitätsmix sei der richtige Weg.

Bei den Verbänden stößt sie auf offene Ohren. Die Überschüsse aus der Parkraumbewirtschaftung sollten in die Finanzierung von ÖPNV, Rad- und Fußwegausbau sowie „Park and Ride“-Angeboten gehen, sagt Manuel Warrlich vom ADFC. Sobald weitere Parkscheinautomaten aufgestellt seien, habe die Stadt zusätzliche Einnahmen, mit denen sie auch Kontrolleure bezahlen könne, glaubt Wietschorke. Öffentlicher Raum sei zu wertvoll, um ihn für kostenloses Parken zu nutzen, ergänzt Wolfgang Köhler-Naumann vom VCD. Das Konzept der autogerechten Stadt sei passé, heute gehe es um mehr Lebensqualität, also auch um Standortverbesserung. Dies könne helfen, vom Image Bremens als „graue Maus“ wegzukommen. Auch wenn Parkplätze teurer und knapper würden, müssten Dienstleister und Lieferanten nicht darunter leiden. Für sie würden Kurzzeitparkplätze eingerichtet. Sogar der Handel könne profitieren, versichert das Bündnis: Studien zeigten, dass Menschen, die zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln kommen, häufiger in Geschäfte gingen als Autofahrer.

Das bezweifelt Andreas Otto von der Handelskammer. Nils Linge vom ADAC findet die Forderung nach höheren Parkgebühren anmaßend. Zwangsmaßnahmen seien nicht fair gegenüber Autobesitzern, deren Beweggründe man oft nicht kenne. Doch für Mazur vom BUND steht fest: Wer die Verkehrswende forcieren will, muss Parkraum verteuern. „Das Portemonnaie ist immer noch die wirksamste Waffe.“